

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

28.3.1907 (No. 87)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 28. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Herausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Nr. 87.

1907.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. März d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Direktor der Geologischen Landesanstalt, Geheimen Rat II. Klasse Professor Dr. Heinrich Rosenbusch in Heidelberg, den Stern zum Kommandeurkreuz des höchsten Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. März d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Postmeister Leopold Lehmann in Meßkirch das Ritterkreuz II. Klasse des höchsten Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. März d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem früheren Postagenten, Steuereinnahmer Jakob Großhans in Altluzheim, die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. März d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Bahnwärter Friedrich Weiß auf Wartstation 347 der Hauptbahn die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 16. März d. J. gnädigt geruht, mit Wirkung vom 1. April d. J.

1. den ordentlichen Professor der Mineralogie und Geologie an der Universität Heidelberg, Geh. Rat II. Klasse Dr. Heinrich Rosenbusch, auf sein untätigstes Ansuchen seines Nebenamts als Direktor der Geologischen Landesanstalt zu entheben und dem ordentlichen Professor der Geologie und Paläontologie an der Universität Freiburg, Dr. Wilhelm Deede, das Nebenamt eines Direktors der Geologischen Landesanstalt zu übertragen,

2. die Landesgeologen Bergrat Dr. Ferdinand Schallch, Dr. Hans Thüraich und Dr. Karl Schnarrenberger in Heidelberg nach Karlsruhe zu versetzen.

Durch Entschliebung Großh. Steuerdirektion vom 22. März 1907 wurde Finanzassistent Adalbert Hofmann beim Großh. Steuerkommissar für den Bezirk Schwetzingen als Steuerkommissarassistent etatmäßig angestellt.

Dicht-Amtlicher Teil.

Parlamentarisches aus Hessen.

Darmstadt, 26. März.

Die Zweite Kammer erledigte die Landesreformvorlage, die hauptsächlich durch Erhöhung der Stempelsteuer die Aufbringung der Mittel für die seit langem geforderte Gehaltserhöhung der Volksschullehrer u. die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen für Staatsbeamte bezweckt. Die Bauernbündler machten zwar noch unter Führung des Abg. Bähr Obstruktionsversuche, aber es nützte nichts, die verschiedenen Vorlagen wurden im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen. Eine wirksame Verbesserung bedeutet die Annahme eines nationalliberalen Antrags, dem auch die Regierung zugestimmt hatte. Er bezweckt die Gleichstellung der unverheirateten Beamten mit eigenem Hausstand mit den verheirateten, während die ursprüngliche Vorlage für unverheiratete Beamte gleichmäßig nur die Hälfte der den Verheirateten zugewilligten Wohnungsgeldzuschüsse vorsah. Die Erhöhung der Lehrgelälter bedeutet die Krönung des Lebenswerks des verdienstvollen langjährigen Vorsitzenden des Landeslehrervereins, des früheren nationalliberalen Landtagsabgeordneten Bades, der nunmehr wegen seines hohen Alters von dieser Ehrenstellung zurücktritt, nachdem er Jahrzehnte hindurch unermüdet für die materielle und geistige Vervollständigung unterer Volksschullehrerstände eingetreten ist. Zwar sind auch mit der jetzigen Erhöhung noch nicht alle Wünsche der Volksschullehrer erfüllt wor-

den, aber immerhin konnte ein bedeutender Schritt vorwärts gemacht werden, da anstelle der früheren Gehaltskala von 1100–2800 M. nunmehr eine Skala von 1200 bis 3000 M. getreten ist. Der Höchstgehalt wird nach 30 Dienstjahren erreicht. Die ebenfalls auf eine Gehaltserhöhung abzielenden Wünsche der Volksschullehrerinnen konnten mit Rücksicht auf die Finanzen nicht erfüllt werden, doch fand eine Resolution Annahme, in der die Regierung ersucht wird, für das nächste Jahr eine Erhöhung der Lehrerinnengehälter im Budget vorzusehen. Ein Antrag des Abg. für Gießen, der Landesuniversität zu ihrer bevorstehenden Dreihundertjahrfeier einen Betrag von 3000 M. als Jubiläumsgeld zu bewilligen, dessen Zinsen zur freien Verfügung des großen Universitätsrats stehen sollen, fand die freudige Zustimmung aller Parteien und auch der Regierung. Der Minister des Innern feierte dabei unter begeisteter Zustimmung die altverdienliche Landesuniversität als die vornehmste Trägerin der vaterländischen Kultur, sowie als Herrin der stolzen Burg der Geistesfreiheit im Hessenland. Nach dieser Verbeugung der Volkvertretung vor der Wissenschaft kam die Schlußabstimmung zum Etat, bei der die Sozialdemokratie nach alter Gewohnheit sich durch ihr Meinigen bemerkbar und lächerlich machte. Es war das alte Spiel: während der Beratung machen die Herren Genossen alle möglichen Wünsche geltend, deren Erfüllung viele Millionen kosten würde, um dadurch in der Rolle als die einzig wahren Volksfreunde zu glänzen, und in der Schlußabstimmung verlagen sie alles.

Nach dem Abschluß der Budgetberatung begann das Haus den ihm sonst noch vorliegenden Beratungstoff im raschen Tempo aufzuarbeiten. Debattierloie Annahme fand ein Gesetz, das die Erhebung von Zuschlägen zur Reichserbschaftsteuer nach Artikel 58 vorsieht. Auf die Erhebung von Zuschlägen nach Artikel 59 (Erbchaften an Kinder und Gatten) wurde Verzicht geleistet.

Eine Anfrage von rheinheffischen Abgeordneten, was die Regierung zu tun gedente, um den durch die schlechte vorjährige Weinernte (sie betrug nur etwa 1/10 einer Durchschnittsernte) hervorgerufenen Notstand des heffischen Weingerandes zu beheben, gab dem Minister des Innern, Braun, Gelegenheit, in einer großzügig angelegten Rede unter Hinweis auf den guten vorjährigen Ertrag der Domäne Weinberge den Wert einer rationalen Weinberg-Bewirtschaftung zu betonen. Ferner stellte der Minister Erleichterungen auf steuerlichem Gebiet in Aussicht und entwickelte ein umfassendes Programm für die Bekämpfung der Rekruten und Rekrutenschicksale. Die Besprechung der Angelegenheit gab verschiedenen Rednern Gelegenheit, gegen die maßlosen, den deutschen und speziell den heffischen Weinbau und Weinhandel schwer schädigenden und sehr übertriebenen Aufzuchtungen der bündlerischen Abg. Dr. Roeside und Stauffer zu protestieren. Es fiel dabei allgemein auf, daß die sonst in landwirtschaftlichen Fragen so sehr redseligen heffischen Bändler sich hierüber gründlich ausschwiegen. Das Interesse am Bund und seinen Führern erscheint ihnen danach wichtiger als die Not der heimischen Landwirtschaft. Eine weitere von den Mainzer Abgeordneten lebhaft unterstützte Anfrage betraf die Verkehrsverbindungen bei Mainz, die nach Ansicht der Mainzer zu Gunsten der Stadt Wiesbaden erfolgt sind, während die rheinheffische Gemeinschaftsverwaltung technische Gründe als alleinige Ursache dafür angibt. Was das richtige ist, ist schwer zu entscheiden, aber mit Rücksicht auf die so oft und gern betonte Notwendigkeit moralischer Eroberungen Preußens in Süddeutschland wäre eine Befriedigung der an sich nicht sehr weitgehenden Wünsche von Mainz sehr wünschenswert und nützlich. Es folgt dann die Erörterung sozialpolitischer Anträge, wobei ein Antrag auf Ausbau der Arbeitsnachweise insofern die Befürchtung der Bauernbündler hervorrief, als sie davon eine weitere Vermehrung der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeiter zur Industrie erwarten. Trotzdem ihnen von allen Seiten die Grundlosigkeit ihrer Befürchtung nachgewiesen wurde, gefiel sich der auf diesem Gebiet immer mehr zum Schreden des ganzen Hauses auswachsende Abg. Bähr darin, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln. Leider hatte er damit Erfolg, weshalb die Abstimmung hierüber auf diese Woche vertagt werden mußte.

(Telegramm.)

Darmstadt, 27. März. Nachdem die Zweite Kammer heute dem Beschluß der Ersten Kammer betr. den Hauptvoranschlag für 1907 beigetreten ist, wurden der gesamte Hauptvoranschlag sowie die dazu gehörigen Ge-

(Telegramm.)

setzte endgültig angenommen. Die Zweite Kammer hat sich auf etwa 4 Wochen vertagt.

(Mit einer Beilage.)

Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

* Hamburg, 27. März. Der Hafenarbeiterverein erklärt die Meldung der sozialdemokratischen Presse, daß die auf den Schiffen im Ruhwärbahnen beschäftigten englischen Arbeiter die Arbeit verweigerten und die Arbeit deshalb auf sämtlichen dort liegenden Schiffen geruht habe, für unwahr. Da jetzt 5000 Arbeiter vorhanden sind, war es gestern möglich, alle Betriebe voll zu besetzen. Trotzdem soll die Zahl der Arbeiter auf 6000 verstärkt werden. Es wird beabsichtigt, die englischen Arbeiter mit Ablauf ihres Kontrakt zurückzuschicken und durch deutsche Arbeiter zu ersetzen, die man hier festhalten will. Die Hamburg-Amerikanische richtet an den Senat Anträge, nach denen auf Waltersdorf in großem Umfang Wohnungen für Hafenarbeiter angelegt werden sollen. Trotzdem mit der Ausgabe der neuen Arbeitsordnung erst gestern früh begonnen wurde, sind bereits 150 Personen aus der Stadt vorgemerkelt, während aus dem Inlande Hunderte von Anträgen eintreffen.

* Hamburg, 27. März. Die Zahl der im Hafen auf Entladung und Befrachtung wartenden Dampfer ist auf 255 Dampfer und 56 Segelschiffe gestiegen; sie dürfte aber geringer werden, da vorgestern und gestern Dampfer mit Arbeitswilligen sowohl aus England, wie aus Irland eingetroffen sind. Gestern kam es zu mehrfachen Ausschreitungen Ausschänder gegen Arbeitswillige.

* Wien, 27. März. Der Schneiderinnenstreik ist beendet.

* Paris, 27. März. 1200 Arbeiter der Schiffswerft France in Dürenkirchen sind in den Ausstand getreten.

* Lausanne, 26. März. Die Arbeiterunion hat beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren. Hierauf ist das 1. Bataillon einberufen worden.

* Chicago, 27. März. Die Leiter der westlichen Eisenbahnen scheinen ebenso entschlossen gegen die Bewilligung eines 12proz. Lohnzuschlages zu sein, wie die Angestellten ihn fordern. Da das Ultimatum der Streikenden nur noch wenige Tage für eine Entscheidung Zeit läßt, befürchtet man, daß der ganze Westen binnen kurzem sich inmitten eines riesenhaften Eisenbahnerausstandes befinden wird. Die Bahnleiter sandten Depeschen an Bierpont Morgan, Harriman und Hill, worin sie diese auffordern, ihren Einfluß aufzubieten, um den Streit zu beendigen.

Aus Frankreich.

Die Kammer und die Landesverteidigung.

* Paris, 26. März. Nach der Marokkodebatte (vgl. unter Marokko) wird die Interpellation des Sozialistisch-Radikalen Colliard über die Heimsendung der Militär-Altersklasse von 1903 erörtert. Kriegsminister Picquart sprach sich im Interesse der nationalen Verteidigung gegen die Heimsendung dieser Altersklasse aus, die erst im September erfolgen könne. Die vom Obmann des Heeresauschusses beantragte und von der Regierung angenommene einfache Tagesordnung wird mit 278 gegen 236 Stimmen abgelehnt. Dieses Abstimmungsergebnis ruft große Bewegung hervor. In den Wandelgängen der Kammer lief bereits das Gerücht von der Demission des Kabinetts um. Der Sozialist Gérault-Richard brachte hierauf eine neue Tagesordnung ein, in welcher das Vertrauen ausgesprochen wird, daß die Regierung die Heimsendung der Altersklasse 1903 so bald als möglich veranlassen werde. Ministerpräsident Clemenceau gibt seine Zustimmung zu dieser Tagesordnung und führt aus, die Tagesordnung Colliard habe er deshalb abgelehnt, weil diese erklärt habe, daß die Entlassung der Altersklasse 1903 mit der Landesverteidigung vereinbar sei, und weil die Minister einstimmig der gegenteiligen Ansicht seien. Er stelle die Vertrauensfrage. Die Unterstellung, daß die Tagesordnung Gérault-Richard kriegerisch sei, weise er zurück. Er erkenne an, daß die Lage in Europa, ohne verwickelt zu sein, aufmerksame Beobachtung verdiene. — Darauf wird die Tagesordnung Gérault-Richard mit 413 gegen 79 Stimmen angenommen.

(Telegramme.)

* Paris, 26. März. Der Senat nahm debattelos einen Gesetzentwurf an, durch welchen die am 21. Dezember 1904 abgeschlossene Haager Konvention, betreffend die Befreiung von Lazaretttschiffen in Kriegszeiten von denjenigen Abgaben, die den Schiffen zugunsten der Staatskasse in den Häfen auferlegt werden, gebilligt wird.

* Paris, 27. März. Der Senat nahm den Gesetzentwurf betr. Regelung der Arbeitszeit an Bord der Handelschiffe an und vertagte sich dann bis zum 7. Mai.

Bauernrevolten in Rumänien.

(Telegramme.)

* **Bukarest, 27. März.** Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Kundgebung der Regierung, in der behufs Wiederherstellung der Ruhe, der Sicherheit und des Friedens zu patriotischer Mithilfe aller aufgefordert wird und die Verlegung von Gesewentwürfen zur Wüldierung der Not der Bauern angekündigt wird. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Erleichterung der Beschaffung des Pachtgeldes, durch eine Reform der Besteuerung des Meingrundesbesitzes, durch eine Revision der Bestimmungen der landwirtschaftlichen Verträge über Umfang und Art der von den Bauern zu leistenden Arbeit, ferner durch Festsetzung eines Maximalzinsfußes für die den Bauern zu gewährenden Vorschüsse, schließlich durch Beschränkung des Besitzes des Pächtertrüsts. Die Regierung werde alles aufbieten, damit ihre Gesetze befolgt würden und sei entschlossen, die Unruhen energisch zu unterdrücken und diejenigen streng zu bestrafen, die aus den Vertwüstungen Vorteil ziehen. — Die „Agence Romanne“ meldet: Im Moldaugebiet ist die Ruhe wieder hergestellt. In der Walachei sind bisher keine Mordtaten verübt worden. In mehreren Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Truppen und Aufständischen, wobei mehrere Personen getötet wurden. — In der gestrigen Sitzung stellte sich das neue Kabinett der Kammer vor. Der Ministerpräsident forderte die Kammer auf, der liberalen Regierung in den gegenwärtigen schweren Stunden zu helfen. Drei ehemalige Minister sicherten der Regierung ihre Unterstützung zu. (Große Bewegung im ganzen Haus. Beifall auf den Tribünen.) Die Regierung unterbreitete Gesewentwürfe zugunsten der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die einstimmig angenommen wurden.

* **Gzeronow, 27. März.** Die Lage an der Grenze ist jetzt etwas ruhiger. In Michaileni herrscht volle Ruhe. Das Gendarmerieaufgebot in Snyouk ist entbehrlich geworden, weshalb dasselbe zurückgezogen wurde.

* **Gzeronow, 27. März.** Wie dem „Berl. Lokalanz.“ gemeldet wird, marschieren 4000 Bauern nach Bukarest. Seine Majestät der König empfing den General Craicuanu, der die feste Zusicherung gab, daß der königliche Palast und die Stadt nicht gefährdet seien.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

Die Feldgerichte vor der Reichsduma.

* **St. Petersburg, 27. März.** Die Diskussion über die Abschaffung der Kriegs- und Feldgerichte wurde gestern fortgesetzt. Die Rechte und die Linke erhoben abwechselnd Vorwürfe gegen einander, bis der Präsident schließlich unter dem Lärm des Hauses das auf den Gegenstand der Tagesordnung zu beschränken. (Beifall und Unruhe.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Ministerpräsident Stolypin erklärt, das Gesetz über die Feld- und Kriegsgerichte sei ein zeitweiliges und könne nicht eher als einen Monat nach der Einbringung des Antrages bei dem Dumapräsidenten abgeschafft werden. Aber abgesehen von diesen formellen Erwägungen sei es klar, daß die Duma von der Regierung eine klare Antwort erwarte. Wir können uns mit dem Juristen Maklawow nicht in eine Polemik einlassen. Der Staat müsse aber die außerordentlichsten und energichsten Maßnahmen ergreifen wenn er in Gefahr sei. Es gebe keine Gesetzgebung, die der Regierung verbiete, die normale Ordnung der Dinge zu unterbrechen, wenn der Organismus des Staates in seinen Grundfesten erschüttert werde. Es gebe im Leben des Staates verhängnisvolle Augenblicke, wo die Notwendigkeit gebieterischer sei, als das Recht, wo man zu wählen habe zwischen der Nichtigkeit der Theorien und der Sicherheit des Vaterlandes. Provisorische Maßnahmen, wie das Gesetz über die Kriegs- und Feldgerichte, könnten nicht den Charakter dauernder Einrichtungen annehmen. Sie seien dazu bestimmt, die Äußerst des Verbrechens zu brechen und dann zu verschwinden. Die Regierung könne aber noch nicht die Ruhe gefährden, ohne zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen. Der Ministerpräsident Stolypin verweist darauf, die auf einem Kongresse der sozialrevolutionären Partei gefassten Beschlüsse. Er weist darauf hin, daß die auf dem Kongresse der Sozialrevolutionäre gefassten Resolutionen die Massen des Volkes aufzurufen zu einer bewaffneten Erhebung, und daß deren endliches Ziel die demokratische Republik sei. Stolypin fährt fort: Ich frage Sie: Darf die Regierung unter derartigen Umständen der revolutionären Bewegung nachgeben? Die Regierung hat die Ueberzeugung, daß das Land von ihr nicht einen Beweis der Schwäche, sondern einen Beweis des Vertrauens erwarte. Wir wollen glauben, daß Sie dem blutigen Bahn Einhalt tun werden, daß Sie das Wort ausprechen werden, das uns alle zwingen wird, an der Wiederherstellung der Herrlichkeit Rußlands mitzuarbeiten. Inzwischen wird die Regierung die Zukünftigkeit der Kriegs- und Feldgerichte auf außerordentliche Fälle beschränken, und wenn die Reichsduma Aufstand auf der Bahn ruhiger Arbeit vorwärts gebracht haben wird, wird das Gesetz über jene Gerichte, durch die Tatsache, daß es nicht den gesetzgebenden Körperlichkeiten vorgelegt wird, außer Kraft treten. Die Verurteilung des blutigen Bahn von dem Blut zu unterscheiden wissen, das durch die Hand der gewissenhaften Gesetzgeber verossen wird, welche außerordentliche Maßnahmen anwenden, um die einzige Hoffnung zur Heilung des Kranken zu bieten.

Die Rede des Ministers wird von der Rechten mit Beifall, von dem Zentrum und der Linken mit Schweigen aufgenommen. Der Berichterstatter Hesse wendet sich gegen Stolypins Ausführungen und verzichtet dann auf seine Forderung, daß die Kommission den Antrag binnen 24 Stunden prüfen solle. Der Präsident stellt dann den Antrag zur Abstimmung, zur Prüfung des Antrages, betreffend Abschaffung der Kriegs- und Feldgerichte, eine Kommission von 16 Mitgliedern zu wählen. Die Duma nimmt diesen Antrag mit überwiegender Mehrheit an und verzichtet sich darauf. In der nächsten Sitzung wird über einen von der Rechten eingebrachten Antrag, der eine Verurteilung der politischen Morde ausspricht, verhandelt.

* **St. Petersburg, 27. März.** Der Medakteur der „Rossija Wedomosti“, Dr. Follis, Abgeordneter der ersten Reichsduma, ist heute, als er im Begriffe stand, seine Wohnung zu verlassen, von einem unbekanntem jungen Mann durch Revolvergeschüsse ermordet worden. Der Täter ist entkommen.

* **Warschau, 27. März.** Acht Personen überfielen die Kasse der jüdischen Gemeindeverwaltung und schleuderten später eine Bombe, durch welche der Kassierer und eine andere Person getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Auch der Mann, der die Bombe geworfen hatte, wurde verwundet. Seine Verhaftung konnte bald bewerkstelligt werden.

* **Helsingfors, 26. März.** Bei den Mitte März in Finnland stattgehabten Wahlen der Landtagsabgeordneten wurden im ganzen Lande abgegeben: 293 021 Stimmen für die Sozialisten, 212 235 für die Surmeritaner, 104 732 für die Jungfinnen, 97 712 für die Schwedische Volkspartei und 40 937 für die Agrarier.

Rußland und England in Asien.

(Telegramme.)

* **London, 26. März.** Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Seite, daß die Meldung, es habe eine Unterbrechung in den Verhandlungen zwischen England und Rußland stattgefunden, unwahr sei. Die Unterzeichnung eines Uebereinkommens müsse, falls nicht etwas Unvorhergesehenes eintrete, in nicht allzu ferner Zeit erfolgen. Sollte eine kleine Verzögerung eintreten, so könnte das darin seinen Grund haben, daß man, insoweit Tibet und Afghanistan zu dem Bereich der Verhandlungen gehören, vielleicht bezüglich einzelner Punkte den Kaiser von China und den Emir von Afghanistan befragte. Besonders wird die Tatsache hervorgehoben, daß das Uebereinkommen in keiner Weise irgend eine andere Macht bedrohe. Es bedrohe nicht die Interessen Persiens und beeinträchtige auch keine wohlverordneten Interessen in Persien und bezüglich der Bagdadbahn, außerhalb der Sphäre der geographischen Lage, die Gegenstand der Unterhandlungen bilde. Die Angelegenheit werde zweifellos zu gegebener Zeit zwischen den hieran beteiligten Mächten erörtert werden.

* **London, 27. März.** Auf besondere Einladung des Königs sind 120 Offiziere und Mannschaften von dem zurzeit in Portsmouth liegenden russischen Geschwader heute nach London gekommen, wo sie auf sehr herzlichste empfangen und zunächst im Grand Hotel bewirtet wurden. Nachmittags sollen die Sechenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein genommen werden.

* **Meiseh (Persien), 27. März.** Nach Sabzewar, wo eine ruffenfeindliche Bewegung ausgebrochen ist, ist vom hiesigen russischen Konsulat ein Beamter mit einer Abteilung Kosaken entsandt worden. Die persischen Behörden sind bemüht, die Unruhen zu unterdrücken.

* **London, 27. März.** „Daily Mail“ meldet aus Teheran, daß in Sabzewar ein russischer Untertan von der Bevölkerung getötet worden sei.

Marokko.

(Telegramme.)

Der Fall Mauchamps vor der Kammer.

* **Paris, 26. März.** Die Deputiertenkammer beschloß, einem Vorschlag des Ministers Richon entsprechend, die sofortige Besprechung einer Interpellation Chauffier betr. die Ermordung des französischen Arztes Mauchamps. Der Deputierte Chauffier eröffnete die Debatte, indem er ausführte, die gesamte zivilisierte Welt empfinde Entrüstung wegen der Mordtat. Chauffier verlangt die Maßnahmen zu weisen, die für die Sicherheit in Marokko getroffen sind und eine Erklärung der Regierung, daß die Verantwortung auf die marokkanische Regierung zurückfalle. Sodann spricht sich Trouin, Deputierter für Oran, für eine Truppenlandung aus. Der Deputierte Dubief schließt sich den Ausführungen Chauffiers an. Er schildert die Verdienste Mauchamps und sagt, dieser sei nie von der französischen Gesandtschaft in Schutz genommen worden. (Entrüstungsrufe!) Er schildert die Begleitumstände des Mordes, für welchen der Gouverneur von Marrakesch und die marokkanische Regierung die Verantwortung treffen. Der Redner hofft, daß Frankreich völlige Gemüthung erlangen und künftig in der Auswahl seiner Vertreter sorgfältiger sein werde.

Der Minister des Auswärtigen, Richon, erwidert, Mauchamp habe niemals von den Beamten des Ministeriums des Auswärtigen eine unfreundliche Aufnahme oder eine schlechte Behandlung erfahren. Richon widmet Mauchamp, der sich sehr verdient gemacht habe und ein Wohlthäter gewesen sei, Worte der wärmsten Anerkennung, und spricht der Familie des Ermordeten sein Beileid aus. Es sei richtig, daß der Gouverneur von Marrakesch die erforderlichen Maßnahmen nicht ergriffen habe. Das Verbrechen sei die Folge einer Reihe Vorgänge, die Frankreich in eine demütige Lage verfallen würden, wenn die Urheber des Verbrechens nicht bestraft würden. Frankreichs Stellung in Algerien und seine besonderen Abmachungen seien mißachtet worden. Richon verliert dann eine Reihe Beschwörungen den Frankreichs an. Auf alle Forderungen Frankreichs habe der Maghzen keine Gemüthung gegeben. Der Minister geht dann auf einzelne Fälle ein und sagt, wenn er diese Tatsachen zur allgemeinen Kenntnis bringe, so geschehe das, um zu zeigen, welche Langmut und Geduld Frankreich gezeigt habe, ehe es energische Maßnahmen ergreifen habe. Er beglückwünscht sich zu dieser Langmut. (Widerpruch auf verschiedenen Bänken.) Richon betont, Langmut sei in der Marokkopolitik notwendig. (Beifall auf der äußersten Linken.) Der Minister setzt die Aufzählung der französischen Beschwerden fort. Etwas müsse geschehen; weitere Beschwerden und Bedrohungen seien nutzlos, wie Frankreich zu seinem eigenen Schaden erfahren habe. Die Regierung habe bereits energische Maßnahmen ergriffen. Er verliest dann das Verzeichnis der Forderungen Frankreichs, unter denen sich die Abhebung und die Inhaftnahme des Gouverneurs von Marrakesch befindet. Ubdja werde solange besetzt bleiben, bis die Forderungen erfüllt seien. Die besonderen Abkommen von 1901 und 1902 würden durch die Beschlüsse der Algeiras-Konferenz nicht berührt und Frankreich sei berechtigt, das sofortige Inkrafttreten der in diesem Abkommen vorgesehene Forderungen zu verlangen. Die Algeirasakte machten es Frankreich zur Pflicht, sofort eine Polizei in Marokko zu organisieren. Frankreich müsse verlangen, daß man aufhöre, in Mauretania und Abdrat die Bevölkerung aufzuregen, wofür Beweise vorhanden seien, daß Marokko die Hand dabei im Spiele hatte. Die französische Politik sei frei von jedem Gedanken an Eroberungen, aber sie sei entschlossen, dem Rechte Achtung zu verschaffen. Die Besetzung Ubdjas sei nur eine provisorische und dauere bis zu dem Tage, an dem die Gemüthung erlangt sei. An dem Maghzen liege es, diesen Zeitpunkt zu beschleunigen, denn Frankreich habe kein Interesse daran, eine Lage zu verlängern, die nur eine Last sei. Richon spricht zum Schluß den Wunsch aus, die Feindseligkeiten unter den Fremden in Marokko möchten beigelegt werden, denn sie sollten Genossen bei dem gemeinsamen Werke sein. Der übermäßige Wettbewerb, der eine Gefahr sei, müsse aufhören, dann hätte der Tod eines Landmannes der Einigung der Rassen, der Zivilisation und dem Frieden und der Verbrüderung der Völker einen Dienst geleistet.

Ribot (Republ.) verteidigt die Vertreter Frankreichs in Marokko, welche Frankreich zu einem friedlichen Eindringen in das Land veranlaßt habe und die es auch unterstützen müsse. Der im Dunkel geführte Kampf der Fremden in Marokko sei eine Schädigung der Zivilisation. Das Ultimatum Frankreichs

sei so maßvoll, daß seine Abicht nicht beargwöhnt werden könnte.

* **Paris, 27. März.** Die in der gestrigen Kammer Sitzung von Richon verlesenen Beschwerden gegen Marokko sind im einzelnen folgende: Am 10. Februar 1906 wurde der Franzose Sonin verunndet. Im Mai unterlag der Maghzen den Marokkanern, einen bestimmten Markt in Algerien zu besuchen. Im Sommer wurde gegen die Franzosen ein allgemeiner Angriff der Stämme von Tafilet und vom oberen Muluja, der vom Kalifen, dem Bruder des Sultans von Tafilet, geführt wurde, vorbereitet. Einer 250 Mann starken Expedition nach dem Süden wurden in der Nähe von Saffar Pferde gestohlen. Im Oktober wurde eine Post beraubt und ein Mann dabei getötet. Im August wurde am 28. November 1906 eine Patrouille der Kompanie Saharienne niedergemetelt und kurze Zeit darauf verbot die Behörde von Tafilet im Einverständnis mit den Vertretern des Maghzen den Eingeborenen jegliche Beziehungen zu dem französischen Gebiet. Den Angehörigen eines Stammes, dessen Angehörige seit dem Abkommen von 1901 französische Staatsangehörigkeit geworden waren, ist Eigentum konfisziert worden. Den französischen Forderungen wurde in einem wesentlichen Punkte nicht genügt, der französische Handel boykottiert und die französischen Waren wurden mit vertragswidrigen Zöllen belegt. Am 27. August 1906 wurde der Franzose Charbonnier ermordet. Sein Mörder wurde, obwohl er bekannt war, nicht festgenommen. Am 19. September wurde Laallias, Agent der Compagnie marocaine, angegriffen und verunndet. Die französische Sühneforderung wurde nicht erfüllt. Im Januar 1907 wurde die hydrographische Mission Babin angegriffen, im März der Landwirtschaftschemiker Aromour in Sez verunndet und in Marrakesch der Professor Douite verunndet. An dem Aufruhr in Mauretania war der Maghzen aktiv beteiligt durch Waffenlieferungen.

* **Paris, 26. März.** Nach den vom Minister Richon in der Kammer abgegebenen Erklärungen verlangt die französische Regierung vom Maghzen nachstehende Genugtuung für die Ermordung des französischen Arztes Mauchamp: Bestrafung des Mörders, Abhebung und Bestrafung des Gouverneurs von Marrakesch, Geldentschädigung für die Familie des Ermordeten, Bürgschaft für die Sicherheit der französischen Staatsangehörigen in Marokko, Durchführung der vom Maghzen durch Spezialvertrag mit Frankreich sowie durch die Akte von Algeiras übernommenen Verpflichtungen, schließlich Sintahaltung von Unruhen, Räuberereien und Einfällen in das Gebiet von Mauretania.

Die Besetzung von Ubdja.

* **Paris, 26. März.** Nach einer Meldung der Agence Havas beauftragte die französische Regierung ihre Vertreter im Auslande, heute den Signatarmächten der Akte von Algeiras den Beschluß des französischen Ministerrates, betreffend die provisorische Besetzung von Ubdja, zur Kenntnis zu bringen.

* **Algier, 27. März.** Infolge des Beschlusses des Ministerrates sind beim 19. Armeekorps und bei der Division in Oran Truppen eingelaufen, die sich auf die Besetzung von Ubdja beziehen. Eine Kolonne wird sich zum Teil in Nemcen bilden, zum Teil in Kalla Marrina, das mit dem ersten durch Eisenbahn verbunden ist und von Ubdja 25 Kilometer entfernt liegt. Man erwartet hier nicht vor morgen das Eintreffen der Nachtruppen der vollzogenen Besetzung Ubdjas. Die gegebenen Befehle schreiben zwar Besetzung mit ausreichenden Streitkräften vor, um jedem Angriff vorzubeugen, lassen jedoch freie Hand bezüglich des Tages der Operation.

* **Paris, 27. März.** Der französische Hauptmann Mangin, der sich auf Grund der mit Marokko abgeschlossenen Verträge mit seiner Abteilung von 16 Mann in Ubdja befand, wurde abberufen. Die Expeditionskolonnen wird aus 3000 Mann Infanterie, zwei Schwadronen und drei Batterien bestehen. Man erwartet übrigens keinerlei Widerstand seitens der marokkanischen Besatzung und der Stadt.

* **Tanger, 27. März.** Aus dem Innern sind Nachrichten über den Eindruck eingetroffen, den die Ermordung des Dr. Mauchamps dort gemacht hat. Besonders aus Casablanca wird eine gewisse Erregung der Bevölkerung gemeldet, unter der die Meinung verbreitet sei, der Beginn der Antitätigkeit der französischen spanischen Polizei werde das Signal für ein Massacre der Europäer sein. Diesen Meldungen komme indes keine andere Bedeutung zu, als die, die sie als Spiegelbild des in der Bevölkerung herrschenden Geistes haben. — Die scharifische Mahalla ist in der Gegend von Tanger absolut untätig. Wegen Mangels an Mitteln befindet sie sich übrigens im Zustand vollständiger Desorganisation. Die für die Mahalla bestimmten Kredite sind völlig erschöpft, die Soldaten desertieren in großer Zahl.

* **London, 26. März.** Wie das Reutersche Bureau erfährt, ging der englischen Regierung keine Information zu bezüglich des angeblichen Angriffs auf das Haus des englischen Konsulargenten in Marrakesch oder seines Schicksals auf einen marokkanischen Volkshaufen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 27. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag 11 Uhr den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo, hiernach den Obersthofmarschall Grafen von Andlaw und um 12 Uhr den Minister Dr. Schenkel zum Vortrag. Nachmittags 5 Uhr erschienen Ihre königlichen Hoheiten der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin bei den Großherzoglichen Herrschaften zum Tee.

Später hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerial - Entschlieung, d. d. Karlsruhe, den 16. März d. J., Nr. 198/199, gnädigst geruht, mit Wirkung vom 1. April d. J. zu bestimmen, daß die Geologische Landesanstalt ihren Sitz in Karlsruhe habe.

(Das Schöffengericht) hatte sich gestern mit der Beleidigungsklage des Landgerichtsdirektors Dr. Obfischer gegen den Geißl. Rat Wader zu beschäftigen. Gegenstand der Klage bilden einige Artikel Waders im „Bad. Beobachter“, die sich gegen Obfischer als vermeintlichen Verfasser eines Artikels der „Bad. Landeszeitung“ richteten. Längere Verhandlungen geschloßen sich. Geißl. Rat Wader erklärte: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kläger der Verfasser des Artikels in der „Landeszeitung“ nicht ist. Seine Voraussetzung ist ein Irrtum gewesen. Er bedauert, daß er sich im Irrtum befunden habe und bedauert es auch, daß seine Artikel eine Spitze gegen den Privatkläger hatten.“ Auf einen vom Anwalt des Klägers, Dr. Vinz, gemachten Vergleichsvorschlag erklärte Geißl. Rat Wader, nicht eingehen zu können. Der Vorschlag lautete: „Der Angeklagte nimmt die Beleidigungen gegen den Privatkläger, welche die Artikel in Nr. 259 bis 262 des „Bad. Beobachters“ enthalten, als ungerechtfertigt und unbegründet bedauernd zurück, zahlt eine Buße von 100 Mark an eine von dem Kläger zu bestimmende Wohltätigkeitsanstalt und trägt die Kosten.“ Da seitens des Beklagten auf Grund einer von Obfischer im November 1905 zu Freiburg gehaltenen Rede Widerklage erhoben wurde, beschloß das Gericht nach kurzer Beratung, daß die Widerklage zugelassen und die Verhandlung bis auf weiteres vertagt wird.

Keine Nachrichten aus Baden. Am 8. April findet in Mannheim ein sogenannter „Kirchertag“ statt. 295 junge Frauen und Mädchen haben sich bereits in den Dienst der guten Sache gestellt. — Bei Weinheim fiel das 2½ Jahre alte Söhnchen des Fuhrmanns Georg Schütz in Birkenau in die Weidung und ertrank. — Für den Obfischer beabsichtigen die Kreise Heidelberg und Mannheim gemeinschaftlich einen Obfischerinspektor anzustellen. — Die Kreisumlage in Heidelberg wird für 1907 um 1 Pf., nämlich den 46 auf 47 Pf. steigen. — In Forstheim wurde Stadtbaurat Ad. Schulze, der seit Juli v. J. im Dienste der Stadt steht, mit 92 Stimmen zum zweiten Bürgermeister gewählt. — Der 27 Jahre alte Managerer Wienid der Albstalbahn wurde überfahren und getötet.

Vorläufige Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1906 im Großherzogtum Baden.

St. L.-A. Die in Baden übliche jährliche Viehzählung fand 1906 am 1. Dezember statt. Ihre vorläufigen Hauptergebnisse für das Großherzogtum sind nachstehend mit denen der Zählungen am 1. Dezember 1904 und 3. Dezember 1905 verglichen. Es wurden ermittelt:

1906	1905	1904	im Jahre 1906	
			mehr (+) oder weniger — als	1905
Stückzahl			überhaupt in %	überhaupt in %
Pferde				
76 099	76 208	76 486	— 104	0,13
Rindvieh				
669 017	668 396	670 654	+ 621	0,09
Schafe				
54 007	56 823	59 295	— 2 816	4,95
Ziegen				
116 778	115 086	113 902	+ 1 742	1,51
Schweine				
549 854	468 365	515 088	+ 81 489	17,39
Federvieh				
2 718 641	2 669 063	2 579 493	+ 49 578	1,85
Bienenstöcke				
111 112	116 827	108 016	— 5 715	4,89
Hunde				
71 398	63 885	60 819	+ 7 513	11,76

Gegenüber dem Vorjahr ist somit eine Abnahme nur bei den Pferden, Schafen und Bienenstöcken, gegenüber 1904 bei den Pferden, dem Rindvieh und bei den Schafen eingetreten. Der Rückgang an Pferden in den Jahren 1905 und 1906 ist geringfügig. Der jehige Stand übersteigt den Durchschnittsbestand des Jahrzehnts 1897—1906 um 1226 Stück oder 1,63 Prozent.

Die Abnahme an Schafen entspricht dem Durchschnittsfall des auch in anderen deutschen Staaten seit langen Jahren stetig und unaufhaltsam erfolgenden jährlichen Rückgangs.

Der Stand an Bienenstöcken übertrifft trotz des nicht unerheblichen Rückgangs gegenüber dem Vorjahre den Durchschnitt des letzten Jahrzehnts noch um 9237 oder 9 Prozent, wobei auch diesmal wieder die stetige Abnahme der alten unbeweglichen Stöcke zu konstatieren ist.

Während die Zunahme an Ziegen seit 1900 gleichmäßig eine beträchtliche ist, so daß ihr jehiger Stand den Jahrzehntdurchschnitt um 5543 übersteigt, ist bei dem Rindvieh nur eine geringe Zunahme gegenüber dem Vorjahre eingetreten, die den Rückgang seit 1904 noch nicht wieder ganz ausgleichen konnte; immerhin ist auch hier gegenüber dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts ein Mehrbestand von 17 752 Stück oder 2,72 Prozent vorhanden.

Sehr stark ist die Zunahme der Schweine mit einem Mehr von 18 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Der jehige Stand übertrifft den Jahrzehntdurchschnitt um 58 478 Stück oder 13,4 Prozent. Diese starke, sprunghafte Zunahme ist, wie dies auch früher periodisch zu erkennen war, wohl mehr auf die günstige Kartoffelernte des Jahres 1905 als auf die hohen Viehpreise des abgelaufenen Jahres zurückzuführen.

Allgemein können diese Ergebnisse als günstig bezeichnet werden, besonders angesichts der noch im letzten Jahre so stark betonten außerordentlichen Fleischnot, wenn auch die noch günstigeren Ergebnisse nicht ganz erreicht wurden, die durch die außerordentliche Viehzählung vom 1. Dezember vorigen Jahres im Königreich Preußen festgestellt wurden, wo z. B. die Zunahme gegenüber dem Jahre 1904 bei dem Rindvieh 4,25 Prozent und bei den Schweinen 22,05 Prozent betrug.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Keine Zweikaiserbegegnung. SRK. Berlin, 26. März.

Ueber eine Begegnung Kaiser Wilhelms mit Kaiser Franz Joseph in Teschen oder sonst auf böhmischen Boden ist während der letzten Tage in der Presse viel hin und her gemeldet worden. Es wurde das Schloß des frü-

heren österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Thun in Teschen als Ort dieser angeblichen Zweikaiserzusammenkunft genannt; auch den bekanntlich rein privaten Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Berlin und eine Reise des deutschen Kaiserpaars nach Dresden brachte man mit der deutsch-österreichischen Monarchenbegegnung in sinnvolle Zusammenhänge. Bei aller Achtung für die von mehreren Seiten entfaltete Kombinationsgabe möchten wir doch feststellen, daß man am Berliner Hofe so wenig wie in Wien von der angeblich geplanten Zusammenkunft etwas weiß.

Braunschweig, 27. März. In der gestrigen geheimen Sitzung des Landtags, die mehrere Stunden dauerte, fand eine lebhafte Besprechung über die Person des neuen Regenten statt. Da, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet, Einmütigkeit nicht zu erzielen war, wurde durch Stimmzettel die Ansicht der Landesversammlung festgestellt. Das Ergebnis wird geheim gehalten. Darauf wurde der Landtag bis auf weiteres vertagt.

Rom, 27. März. Nach einer Meldung des „Messagero“ ist die Abreise des Ministers Tittoni nach Kapallo zum Besuche des Reichstanzlers Fürsten Bülow infolge einer leichten Unpäßlichkeit um einen Tag verschoben worden.

Saan, 26. März. Der Staatsrat Cord von der Linden teilte heute Ihrer Majestät der Königin mit, daß seine Verjude, ein Kabinett zu bilden, nicht gelungen seien. Die Königin empfing gestern den Präsidenten der Ersten Kammer.

Rom, 27. März. Durch Austausch von Noten zwischen dem italienischen Geschäftsträger in London und dem englischen Minister des Auswärtigen ist am 19. d. M. zwischen der italienischen und der britischen Regierung ein Uebereinkommen abgeschlossen worden bezüglich der gegenseitigen Regierungen in Somaliland.

London, 26. März. Bei einer heute abgehaltenen Zusammenkunft der liberalen Liga hielt der frühere Premierminister Lord Rosebery eine Rede, in welcher er sagte, er erkenne an, daß die Regierung über große Schwierigkeiten mit außerordentlichem Erfolg hinweggekommen sei, aber er fürchte, daß die Regierung zu viele Versprechungen gemacht habe und so Enttäuschung und Reaktion hervorrufe. Niemals hätte man mehr Anlaß gehabt, auf der Hut zu sein, als jetzt. Er sei der Regierung nicht zur Treue verpflichtet, er habe zu ihr auch kein Jutauen, auch keine offenen oder geheimen Beziehungen. Redner legt Vermahnung ein gegen die bisherigen Versprechungen der Regierung, namentlich gegenüber Irland und gegen die Drohungen gegen das Oberhaus. Diese Versprechungen würden Enttäuschungen und Gegenwirkungen hervorgerufen. Er fürchte, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo die Regierung zwischen dem Sozialismus und dem Konföderalismus erdrückt werde. Jeder allgemeine Angriff auf das Eigentum würde dem Fortbestand der Regierung ein Ende bereiten. Der Redner betont, daß, wenn die Regierung beabsichtigt, ein unabhängiges Parlament für Irland einzurichten, diese Maßnahme weit über das hinausgehe, was Gladstone im Sinne gehabt hätte. Er tadelt dann die Reden, die von den ganz linksstehenden Mitgliedern gehalten worden sind und schließt, er sehe die Mäßigung als einziges Mittel an, Irland zu helfen. Das Volk werde nie eine Homerule dulden.

Christiania, 27. März. Ihre Majestäten der König und die Königin werden gegen den 24. Mai dem Präsidenten Fallières in Paris einen offiziellen Besuch abstatten. Der Aufenthalt in Paris wird zwei oder drei Tage dauern.

Sofia, 27. März. Von zuständiger Stelle verlautet, das Londoner Balkankomitee habe an die Regierungen von Sofia, Belgrad und Athen eine Adresse gerichtet mit der Aufforderung, dahin zu wirken, daß der Raketenkampf in Mazedonien aufhöre. Die englische Regierung werde dann trüglicher für die Wagedonire eintreten.

Sofia, 27. März. Die Sobranje genehmigte das Gesetz gegen die Anarchisten und die Personen, welche einen Anschlag auf amtliche Persönlichkeiten verübt haben. — Heute erfolgt der Schluß der außerordentlichen Session der Sobranje. Ministerpräsident Gudew beantragte in der Sobranje einen Kredit von 600 000 Franks zur Besserung der Lage der Eisenbahnbeamten.

Verschiedenes.

Erst von Bergmann †

Wiesbaden, 27. März. Seine Majestät der Kaiser hat, lt. „Ahein. Cour.“, an die Witwe des Geh. Rats v. Bergmann folgendes Telegramm gefandt:

„Im Begriff, mich nach dem Befinden Ihres Gatten zu erkundigen, von dessen schwerer Erkrankung ich erst jochen Kunde erhalten habe, empfang ich die Meldung Ihres Sohnes von der erschütternden Tatsache des bereits eingetretenen Todes. Von Herzen spreche ich Ihnen und den Ihrigen meine innige Teilnahme aus an dem schweren Verlust, an dem ich den lebhaftesten Anteil nehme. Welches Maß der Anerkennung, Dankbarkeit und Liebe ihm für sein uner müdliches Wirken und Schaffen als Arzt, Lehrer und Förderer von der Mittwelt gezollt wird, hat der Vereingte nach jüngst bei Vollendung seines 70. Lebensjahres selbst erfahren dürfen. Seine rege Arbeit sichert ihm aber auch bei der Nachwelt einen unvergänglichen Ruhmestanz u. seinen Ehrenplatz in der Geschichte der Chirurgie. Neben seinen großen Verdiensten in Kriegs- und Friedenszeiten gedenke ich mit besonderer Wärme und Dankbarkeit der treuen Dienste, die der teure Entschlafene mir und meinem Hause als Arzt und Mensch geleistet hat. Gut der Herr tröste Sie in diesen schweren Tagen und Stunden.“

Ihre Majestät die Kaiserin und Ihre königliche Hoheit die Großherzogin von Baden sandten ebenfalls in warmen Worten gehaltene Beileidstelegramme. — Die Obduktion der Leiche hat „Anschauung mit Verwahrung des Darbarmes mit anschließender Bauchfellentzündung“ ergeben. Die Meldung von Krebs ist nicht richtig. Die Leiche wird heute nach Berlin gebracht.

Königsberg i. Pr., 27. März. Im Offeebad Neukuhren fürzte gestern mittag beim Neubau des Kurhauses eine hohe Saalmauer ein, wodurch vier Arbeiter schwere Verletzungen erlitten.

Wilhelmshaven, 27. März. Das Kriegsgericht verurteilte wegen militärischen Auftrubs den Heizer Kahlensbed zu 5½ Jahren den Heizer Sammann zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus.

Hamburg, 27. März. Im Eppendorfer Krankenhaus sind mehrere Fälle von Genickstarre vorgekommen.

Bremen, 27. März. Der „Norddeutsche Lloyd“ hat bei der Werft der Aktiengesellschaft Weser einen großen Passagier- und Frachtdampfer in Auftrag gegeben. Der Dampfer soll ein Deplazement von 27 000 Tonnen, eine größte Länge von 186 Metern und Maschinen von 15 000 Pferdekraften erhalten. Durch große Breite soll eine besondere Geräumigkeit für die auf 500 Kajüts- und 3000 Zwischendeckspassagiere, sowie auf eine Mannschaft von 400 Köpfen berechneten Wohnräume erzielt werden. Die Fahrgeschwindigkeit des Dampfers soll 17 Knoten betragen.

Düsseldorf, 26. März. Ein Bürger der Stadt Düsseldorf, der nicht genannt sein will, schenkte der Stadt Düsseldorf ein Kapital von 100 000 Mark, von dessen Zinsen erholungsbedürftige Kinder in die Ferienkolonie und nach Solbädern geschickt werden sollen.

Rathenow, 27. März. Auf der Havel bei Grün verbrannte gestern nacht ein großer Frachtkahn, der mit 6000 Zentner Graupen, Kaffee und Salpeter nach Breslau unterwegs war. Die Ladung wurde vernichtet. Der Kahn liegt quer über der Havel und sperrt die Schifffahrt.

Bunzlau, 27. März. In Gehnsdorf brach bei dem Stellenbesitzer Beer eine Feuersbrunst aus, bei welcher die Ehefrau, vier Kinder und eine Magd umkamen.

Thun, 26. März. Prozeß Leontieff. In der gestrigen Sitzung wurde zunächst über den Zwischenfall mit dem Untersuchungsrichter Lauener verhandelt. Die verhörten Landjäger bestritten im allgemeinen die Angaben der Angeklagten, bestritten aber, daß die Angeklagte mißhandelt worden sei. Der Vorsitzende teilte mit, es sei wegen des Verfalls die Disziplinarmuntersuchung eröffnet worden. Alsdann wird der Ingenieur Wladimiroff verhört, der über den Prozeß und die Mißbeleidungen unter dem Ministerium Durnowo Auskunft gibt.

Prag, 27. März. Einem schwer betrunkenen Arbeiter konfiszierte die dortige Polizei kürzlich ein Los der sächsischen Staatslotterie. Wie sich jetzt herausstellt, ist das Los mit 40 000 M. gezogen worden. Der Arbeiter erhält nichts und muß noch Strafe bezahlen.

Toulon, 27. März. Der Seepfaktur ging die Meldung zu, daß im Schiffsrumpl der „Fena“ noch zwei Leichen gefunden wurden, die scharflich verstümmelt sind. Die Verungsarbeiten an Bord werden fortgesetzt, da man noch weitere Leichen im Schiffsrumpl vermutet.

Newport, 27. März. Ungewöhnliche Sensation erregt die Beschlagnahme eines 82 000 Dollar betragenden Fonds durch den Staatsanwalt. Angeblich soll mit der Summe die Bestechung von Newporter Staatsbeamten bezweckt sein, welche 6000 Dollar pro Mann erhalten sollten behufs Ablehnung eines Gesetzes, das die in Newport eingeriffene politische Korruption systematisch auszrotten will. Zu diesem Fonds mußte jeder Newporter Botschaft 20 Dollar beisteuern. Die Folge dieses Zwischenfalles dürfte die völlige Auflösung der hiesigen Polizeimacht sein.

Industrie, Handel und Verkehr.

In der am 25. d. M. in Karlsruhe stattgehabten Generalversammlung der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen, waren 357 Stück Aktien durch Aktionäre vertreten. Auf gestellten Antrag beschloß die Generalversammlung, daß von dem ausgewiesenen Gewinnsaldo von 355 185,85 M. dem Amortisationskonto 100 000 M., dem Ergänzungskonto 8569 M. 88 Pf., dem Beamten-Pensionskonto 10 000 M., dem Arbeiter-Pensionskonto 10 000 M., dem Dividenden-Referentkonto 10 000 M. und dem Fantiementkonto 51 876,02 M. übertragen, während als 5,25 Prozent Dividende der Betrag von 185 240 M. mit je 90 M. auf die Aktien Litera A fl. 1000 und mit je 45 M. auf die Aktien Litera B fl. 500 sofort ausgezahlt werden sollen. Die Direktion und dem Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Freitag, 29. März. In der Festhalle: „Requiem“, große Totenmesse von Hector Berlioz (op. 5). Anfang 5 Uhr, Ende gegen 7 Uhr. Eintrittsstarten zu 4, 3, 2 und 1,50 M. in den Rustalienhandlungen Doert, Kunz und Müller.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 27. März 1907.

Der hohe Druck hat sich seit gestern weit nach Osten hin ausgebreitet; er umfaßt heute außer Mitteleuropa noch England, die Nordsee und Südschweden und weist einen Kern über den Niederlanden und Nordwestdeutschland auf. Das Wetter ist auf dem ganzen Festland meist heiter und in den Morgenstunden kalt. Wenig bewölkt, trockenes, nachts kaltes, am Tag wärmeres Wetter ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 27. März 1907:

Lugano wolkenlos 4 Grad; Biarritz wolkenlos 9 Grad; Nizza heiter 8 Grad; Triest wolkenlos 5 Grad; Florenz bedeckt 3 Grad; Rom bedeckt 5 Grad; Cagliari wolkenlos 6 Grad; Brindisi Regen 7 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	rel. Feucht. in %	Windgeschw. in m/sec.	Wind	Stimme
26. Nachts 9 ⁰⁰ U.	761.5	4.8	5.1	79	NE	heiter
27. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	762.7	1.9	4.5	86	„	„
27. Mittags 2 ⁰⁰ U.	761.5	11.5	4.9	48	„	„

Höchste Temperatur am 26. März: 11.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.4.
Niederschlagsmenge des 26. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. März, früh: Schusterinsel 2.15 m, gefallen 3 cm; Rehl 2.59 m, gefallen 9 cm; Magau 4.83 m, gefallen 15 cm; Mannheim 4.81 m, gefallen 25 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Der beste Schutz gegen Feuer und Einbruch!
Kassenschränke
Ostertag
Banktresore
Grand Prix—Mailand 1906. Grand Prix—St. Louis 1904 & Chicago 1893.
Ostertag-Werke, A.G. in Aalen, Deutschlands bedeutendste Kassenschränkefabrik!
Man verlange Goldschrank-Katalog Nr. 2

Schokoladenhaus Fishel

jetzt nur
Kaiserstrasse 100
zwischen Herren- u Ritterstr.

Marzipan-Eier, Fondants-Eier, Nuss-
Eier, Mandel-Eier, Croquant-Eier,
Osterhasen.

KGL. BAD KISSINGEN

Heilbad ersten Ranges ::: Trink- und Badekuren

Kohlensäurereichste
Solebäder

Rakoczy

Pandur
:: Maxbrunnen ::

Mineral-Moorbäder, Gradierwerk

Saison: 15. April bis 31. Oktober

Mineralwasserversand: Verwaltung der Königl. Mineralbäder, auswärts durch Apotheken und Mineralwasserhandlungen Prospekte: Kurverein

Nut- u. Mützen-Magazin

Adolf Lindenlaub
Karlsruhe, Kaiserstrasse 191.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Telephon 1846. In- u. ausländische Fabrikate. Telephon 1846.

Geld-Lotterie des Allice-Frauen-Vereins

für die Krankenpflege im Grossherzogtum Hessen.
Ziehung am 12. April im Dienstgebäude der Königl. General-Lotterie-
Direktion zu Berlin. 75000 Lose. 2189 Geldgewinne

50000

 Mark bar.

Hauptgewinn: 15000, 10000, 5000, 3000 etc.

Lose à 2 M. (Porto und Liste 30 Pf. extra) zu haben bei
Carl Götz, Karlsruhe, Hebelstrasse 11/15
E. Wegmann, Karlsruhe, Waldstrasse 30

und in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Unentbehrlich für jede Familie!



Underberg-Boonekamp

Semper idem,
Fabrikation alleiniges Geheimnis der Firma:
H. UNDERBERG-ALBRECHT
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II.
am Rathhause in **RHEINBERG** am Niederrhein.
Gegr. 1846.
Anerkannt bester Bitterlikör!
24 Preis-Medaillen!
Man verlange ausdrücklich: **Underberg-Boonekamp.**

Kaiser-Borax

Zum täglichen Gebrauch im Waschwasser.
Kaiser-Borax ist das natürlichste, mildeste und gesündeste
seit Jahren bewährte Verschönerungsmittel für die Haut.
Nur echt in roten Cartons zu 10, 20 und 50 Pfg.
mit ausführlicher Anleitung. Vorsicht beim Einkauf!
Spezialität der Firma Heinrich Mack in Ulm a. D.

Forbach, Baden

Höhenluftkurort 333 Meter ü. M. in prachtvoller Lage des Murg-
tales, umgeben von herrlichen Tannenwäldchen.

Hotel und Pension Friedrichshof.

Neu erbaut. — Komfortabel eingerichtete Zimmer von M. 1.50 an. —
Vorzügliche Pension von M. 4.50 an. — Anerkannt gute Küche und
Keller. — Speise- und Gesellschaftssäle. — Gedeckte Veranda. — Elektr.
Licht. — Bäder. — Fuhrwerk. — Autogarage. — Forellenfischerei. —
Familien und Touristen bestens empfohlen. — Täglich dreimalige Post-
verbindung mit Station Weisenbach. — Telephon 3. — Prospekte auf
Verlangen. Bes.: **Wilhelm Wunsch.**

Hotel-Restaurant

Friedrichshof

Hauptausschank der Brauerei Sinner und
Münchener Kochel-Bräu

Elegantes Weinrestaurant

Grösstes bürgerliches Bierlokal der Residenz
(neu renoviert)

Anerkannt preiswerte Küche, naturreine Weine

Neuer prachtvoller Festsaal

für Hochzeiten, Vereine und Festlichkeiten

Klubzimmer

§.143.2.1

Direktion: G. Münzer.

Am 3. April beginnen grössere Kurse.
Handelslehranstalt u.
Töchterhandelsschule



Merkur

Gründliche
Ausbildung
in Schönschreiben,
Stenographie, Buch-
führung (einf., dopp.,
amerik.), Maschin-
schreiben, Rundschrift,
kaufmänn. Rechnen,
Wechsellehre,
Korrespondenz etc.
à Kursus 10—15 Mk.
Deutsch, Englisch,
Französisch.
Eintritt in einzelnen
Fächern jederzeit.

Kaiserstrasse 115 KARLSRUHE Telephon 2018
Tages- und Abendkurse • Nachweisbar erfolgreiche Stellenvermittlung.
Ausführl. Auskunft u. Prospekt bereitwilligst.
Vollständige Ausbildung f. d. kaufm. Beruf. — Prakt. Übungskontor.

An die Herren Ortsvorsteher.

Zu pachten oder kaufen gesucht

Grundstück (Heideland)

mit Wasser und möglichst etwas Wald (eventl. eine alte Mühle) für
ein Erholungsheim. Offerten unter **F. H. 4069** an Rudolf
Woffe, Heidelberg. §175

Sttlingen, Abtal.

Luftkurhotel u. Restaurant **Wilhelmshöhe**.
Anerkannt schönster Ausflugsplatz der Umgebung von Karlsruhe. — Gefunde
Lage, ganz im Walde. — Prachtvolle Fernsicht. — Terrassen. — Schöne
Gefühlskurort. — Park. — Pension von 4 Mk. an. — Telephon 57.
§.790.6.1 **H. Schneider.**

Zahnarzt Stocker

wohnt jetzt

Karlfriedrichstrasse 20 II

Konditorei Oesterle

§.180

Bülow-Pianos

ARNOLD, Aachaffenburg.
Pianofabrik mit eig. Dampfsgewerk,
leistungsfähigster Maschinenbetrieb,
künstler. vollend. grosser, edler Ton.
Strenge solide, modernste Bauart. —
Direkter Verkauf ohne Zwischen-
handel. Ersparung des Händlernutzens.
grosser Umsatz, kleiner Nutzen,
deshalb beste und billigste Bezugs-
quelle. Seit 3 Jahren 5 facher Umsatz,
bester Beweis für unübertroffene Quali-
tät. Weigendste Garantien, freie
Probepredung, ohne Verbindlichkeit
zum Kauf. Tausende von Referenzen.

Großes Glück!

III. Haupttreffer M. 10 000.—, nebst
vielen 500, 200, 100 usw. der Straf-
burger Kriegerheimlotterie, III. Gewinn
M. 1000.— W. kamen aus der Donaue-
rschinger an meine wertvolle Kundschaft.
Nun empfehle **Allice-Frauenvereins-
Lose** à 2.—, Bad Kreuz, Weimarer
Blindenheim, Rannheimer Markt
à 1.—, 11 St. = 10.— und endlich
Freiburger Münfterlose à 3.30.

Carl Götz

§ebelstraße 11/15 Karlsruhe.

von Hartung'sche
Militär-
Vorbildungs-Anstalt
Cassel

1866 staatl. konz. für alle
Schul- u. Militärangehörigen.
Gegen 2000 Einjähr., Friman. u.
Fähnliche erfolgreich vorgebildet.

Fahrrad-

Reparatur-Werkstätte

B. Eberhardt

Amalienstr. 18 Telephon 1304

empfehlen sich zur Uebernahme sämtlicher
Reparaturen an Fahrrädern aller
Systeme. — Zur gründlichen Rei-
nigung und Instandsetzung jetzt beste
Gelegenheit. — Emailierung, Ver-
nickelung. — Neue Pneumatik und
Zubehörtteile allerbilligst. — Frei-
lauf-Einrichtung für alle Fabrikate.
Die Räder werden abgeholt und wieder
zugeestellt. Alle Aufträge werden prompt
erledigt. §245.15.6

Jugenheim a. d. Bergstr.

Villa Tannenhof.

Haushaltungspensionat u.
staatl. konz. Privatschule
in herrl. ges. Lage, bietet jg. Mädchen
gründl. Ausbildung b. vorzügl. Ver-
pfl. u. angen. Familien. Ia. Refer.
Prospekte d. d. Vorsteherin
§.130.15.1 **Emmy Schmitt.**

Bergbung von Hochbauarbeiten.

Die **Mauerarbeiten**, die **Stein-**
hauerarbeiten, die **Granitlieferung**
und die **Walzisenlieferung** zu nach-
benannten Gebäuden des neuen Bahn-
hofs Offenburg sollen im Wege öffent-
lichen Wettbewerbes vergeben werden,
nämlich

1. Lokomotiv- und Tenderwerk-
stätte.
2. Wagenwerkstätte.
3. Dreherei.
4. Schmiede.
5. Lokomotivschuppen.

Für die **Bewerbung** und **Verbin-**
dung der **Arbeiten** sind die **Bestimmun-**
gen der **Verordnung** Sr. Finanzmini-
steriums vom 3. Januar d. J. maß-
gebend.

Die **Pläne**, das **Bedingnisheft** und
die **Arbeitsbeschriebe** können an **Wer-**
tagen auf **unserm** **Hochbauamt**,
Rheinstraße Nr. 4, eingesehen werden,
wobei auch die **Abgabe** der **Angebots-**
formulare erfolgt. §.82.2.2

Angebote sind **verschlossen**, **postfrei**
und mit **entsprechender Aufschrift** ver-
sehen, bis **längstens Montag den**
22. April d. J., **vormittags 10**
Uhr, dem **Zeitpunkt** der **Eröffnung** der
Angebote, **anher einzureichen**.

Zuschlagsfrist **4 Wochen**.
Offenburg, den **22. März 1907**.
Gr. Bahnbauinspektion II.

Eisenkonstruktion.

Die **Lieferung** und **Aufstellung** eines
eiserne **Steges** über die **Reintal-**
bahn bei der **Haltestelle** **Rheinau-**
hafen, im **Gewicht** von **12 100 kg** soll
im **öffentlichen Wettbewerb** vergeben
werden. §.40.3.

Die **Bedingungen**, die **Zeichnungen**
und die **Gewichtsrechnungen** liegen
auf **unserer Kanzlei** auf, die **diese**
auch **gegen post- und befallsfreie**
Zufendung von **1,50 M.** abgibt.
Die **Angebote** sind **verschlossen** und
versiegelt bis zum **Eröffnungstag**, am
3. April d. J., **nachmittags 5 Uhr**,
bei **uns einzureichen**. **Zuschlagsfrist**
vier Wochen.

Für die **Bewerbung** und die **Ver-**
dung sind die **Bestimmungen** der
Verordnung vom **3. Januar 1907**
maßgebend.

Mannheim, den **16. März 1907**.
Groß. Bahnbauinspektion.

Belgisch-südwestdeutscher Güterverkehr.

§.187. Mit **Gültigkeit** vom **1. April**
1907, werden die in den **Tarifbesten**
2a und **2b** (Betreff mit **Basel**) vor-
den **Betreff** mit der **Westschweiz** vor-
gezeichneten **Ausnahmefrachtätze** für
metallurgische **Erzeugnisse** durch den
am **gleichen Tage** in **Kraft** tretenden
belgisch-schweizerischen **Ausnahmefracht**
für die **Beförderung** von **metallurgischen**
Erzeugnissen aufgehoben.

Karlsruhe, den **26. März 1907**.
Groß. Generaldirektion.